



Dieses Dokument ist im Rahmen einer Simulation bei Model United Nations Schleswig-Holstein 2023 entstanden und spiegelt weder die Meinung der Teilnehmenden noch die der Veranstalter*innen oder des Vereins wider. Es ist kein Dokument der Vereinten Nationen.

Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität

Der Menschenrechtsrat,

in Erinnerung an die Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und die darin verankerte Missbilligung von Diskriminierung, welcher Mitglieder der LGBTQIA+-Gemeinschaft täglich ausgesetzt sind und darunter leiden müssen,

gestützt auf die Entscheidung der WHO von 1984, Homosexualität nicht mehr als Krankheit anzuerkennen und die damit einhergehende Entscheidung, dass Homosexualität nichts Unnatürliches ist, was in einigen Ländern immer noch nicht anerkannt wurde,

in Kenntnis seiner Resolution 17/19 vom 14. Juli 2011 und der darin genannten Absicht, staatliche Diskriminierung zu beenden, die diese Menschen im Alltag belastet und Gleichberechtigung verhindert,

alarmiert über die immer noch herrschende Diskriminierung, Ausgrenzung und Marginalisierung aufgrund von sexueller Orientierung, die nicht nur Familien und Freunde, sondern auch Gesellschaften spaltet und bei den Betroffenen häufig Ursachen für schwere psychische Krankheiten sind,

höchst besorgt über die auf der Welt bestehenden Gesetze gegen die LGBTQIA+-Gemeinschaft, die meist menschenverachtend und nicht verhältnismäßig sind, sowie die in 11 Ländern geltende Todesstrafe für homosexuelle Handlungen,

mit dem Wunsch, Gewalt und Ausgrenzung infolge von Diskriminierung einzuschränken und zu bekämpfen, welches meist falsche Vorstellungen, Ängste und Vorurteile als Ursache haben,

fest überzeugt, die Fortschritte der Vergangenheit fortzusetzen und ultrakonservativen sowie ultranationalistischen Gruppen keine Chance zu lassen, die die in den letzten Jahren errungenen Fortschritte auf Kosten sexueller und geschlechtlicher Minderheiten rückgängig zu machen,

1. *befürwortet* die Anerkennung und Gleichstellung der LGBTQIA+-Gemeinschaft;

2. *fordert* die Abschaffung aller Gesetze, die in der Praxis für Geld-, Haft- oder Todesstrafen gegen homosexuelle Menschen eingesetzt werden und eine Entkriminalisierung homosexueller Handlungen;



3. *erinnert* an die Wichtigkeit und Bewahrung der Kultur und der Religion, wobei eine grundsätzliche Toleranz gegenüber neuen Ideen und Ansichten notwendig ist,
4. *empfiehlt*, die Sicherheit der LGBTQIA+-Gemeinschaft gesetzlich zu verankern;
5. *hebt* die Wichtigkeit der Gleichstellung von trans Personen *hervor*;
6. *kommt zu dem Schluss*, dass Diskriminierung, die nicht mit den Menschenrechten vereinbar ist, nicht zu dulden ist;
7. *appelliert*, Hassrede gegen die LGBTQIA+-Gemeinschaft zu unterbinden und möglichst einzuschränken;
8. *kommt zu dem Schluss*, den Kreislauf der Ausgrenzung durchbrechen zu wollen und falsche Vorstellungen, Ängste und Vorurteile, die Gewalt und Diskriminierung befeuern, zu zerstreuen, indem
 - a) in Schulen ausgewogene Aufklärungsarbeit geleistet wird und dem Alter angemessene Inhalte zur Debatte gestellt werden;
 - b) Falschaussagen über die LGBTQIA+-Gemeinschaft staatlich nicht unterstützt werden;
9. *ruft* Industriestaaten *auf*, Entwicklungsländer zu unterstützen, um Aufklärungsprogramme gegen Diskriminierung einzuführen und zu fördern;
10. *ermutigt* NGOs, die LGBTQIA+-Gemeinschaft zu unterstützen;
11. *erkennt an*, dass vielen Staaten die Voraussetzungen und Ressourcen fehlen, um diese Empfehlungen in Betracht zu ziehen,
12. *unterstreicht* die Wichtigkeit einer Förderung und Unterstützung von LGBTQIA+-Menschen, indem
 - a) sie in der Justiz nicht benachteiligt werden;
 - b) Familien mit Mitgliedern der LGBTQIA+-Gemeinschaft unterstützt werden;
 - c) sie in der Arbeitswelt nicht ausgegrenzt werden;
 - d) sie bei der Wohnungssuche nicht benachteiligt werden;
13. *begrüßt* die Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern;
14. *ermutigt* alle Länder, es zu ermöglichen, dass das Geschlecht, welches nach der Geburt festgestellt wurde, offiziell und ohne Diskriminierung geändert werden kann;
15. *empfiehlt* die Verankerung der Eheschließung zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren in der Verfassung;



16. *erkennt* das Adoptieren von Kindern für gleichgeschlechtliche Paare als Zukunftsmodell *an*;

17. *hofft*, damit ein internationales Zeichen gegen Hass und Diskriminierung zu setzen;

18. *ist fest überzeugt*, dass bei diesen Entscheidungen alle Beteiligten nur gewinnen können, da Akzeptanz und Freiheit Grundlagen für eine gut zusammenarbeitende Gesellschaft sind;

19. *erinnert* ausdrücklich *an* den Artikel 29 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Sinne des kulturellen und gesellschaftlichen Respekts.